



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV./3

Hannover, 7. Januar 49

"Hat Deutschland bereits vergessen?"

=====

Von Max Cohen-Reuss, Paris

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Genosse Salomon Grumbach im Zentralorgan der französischen sozialistischen Partei, dem Pariser "Populaire" vom 3. Januar, einen Artikel, in dem er zu den Äusserungen der deutschen öffentlichen Meinung zu der in London beschlossenen Internationalisierung der Ruhrindustrie Stellung nimmt. Ein wahrer Sturm tobe durch die deutschen Blätter aller Parteirichtungen. Niemals seit dem Zusammenbruch des Hakenkreuzregimes sei von den deutschen politischen Persönlichkeiten und Zeitungen eine derart masslose Sprache geführt worden wie bei dieser Gelegenheit.

Ob das richtig ist, kann ich, da ich nur einen sehr geringen Teil der deutschen Zeitungen zu Gesicht bekommen habe, nicht sagen. Ich weiss nur, dass eine ganze Anzahl der Proteste deutscher Politiker zwar scharf ablehnend, aber durchaus massvoll in der Sprache war. Es ist jedoch durchaus wahrscheinlich, dass deutsche Chauvinisten und Neo-Nazis, die von der deutschen Sozialdemokratie dauernd aufs schärfste bekämpft werden, sich in der von Grumbach erwähnten Weise geäussert haben. Wir wissen, dass der Nazigeist in Deutschland noch nicht verschwunden ist, und gut unterrichtete Leute in Deutschland sind der Auffassung, dass viel zu viele Nazis, infolge einer unverständlichen Duldsamkeit der Besatzungsbehörden, in Stellungen tätig sind, von denen sie einen nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Bevölkerung mit neuem Nazigeist zu infizieren vermögen.

Doch dies nur nebenbei, wiewgleich es nicht unwichtig ist. In der Sache kommt es vor allem darauf an, ob die von den Verbündeten getroffene Regelung der Ruhrproduktion politisch vernünftig und notwendig, sowie wirtschaftlich zweckmässig ist. Der von Frankreich insbesondere in den Vordergrund gerückte Gesichtspunkt ist die Sicherheitsfrage: niemals soll es für die Folge Deutschland mehr möglich sein, Frankreich noch einmal mit Krieg zu überziehen. In diesem Ziel gibt es zwischen Frankreich und allem, was in Deutschland sozialistisch und demokratisch ist, keine Meinungsverschiedenheit. Diese deutschen Schichten wollen nicht nur keinen Krieg mehr gegen Frankreich oder ein anderes Land, sie haben darüber hinaus den dringenden Wunsch, gerade mit Frankreich eng zusammenzuarbeiten und dazu beizutragen, die vom Nazi-System geschlagenen Wunden zu heilen. Sie wollen auch die Mittel anwenden, die jeden neuen von Deutschland ausgehenden kriegerischen Konflikt verhindern können. Sie sind nicht nur (auch im eigenen Interesse) bereit, alles zu tun, um dem wahrhaft demokratischen und friedlichen

7. Januar 1949

Geist in Deutschland eine echte Heimatstätte zu schaffen, sie sind ebenso bereit, die künftige Herstellung von Kriegswaffen zu verhindern. Das ist der Kernpunkt der Angelegenheit.

Kein Volk kann ohne eine hinreichende Menge moderner Kriegswaffen einen Krieg beginnen. Diese Waffen lassen sich nicht heimlich herstellen, noch können die Menschen (man denke z.B. an moderne, sich immer ändernde Flugzeuge) heimlich in der Führung dieser Waffen ausgebildet werden. Die deutschen Demokraten und Sozialisten widersetzen sich auch keineswegs einer Kontrolle der Verbündeten über die Waffenproduktion. Sie vermögen jedoch nicht einzusehen, weshalb man Deutschland an der von ihm für sein Leben und seinen Wiederaufbau als nötig erachteten Produktion von Friedensartikeln Hindernisse in den Weg legen will. In Deutschland hält man (wie übrigens auch in anderen Ländern) die mechanische Gleichsetzung von Friedenskazität und Kriegspotential für falsch. Sie ist es auch. Erstens ist die an sich mögliche Umwandlung vieler Friedensbetriebe in Kriegsindustrien nur dann durchführbar, wenn eine nicht zu knappe Basis von Kriegsfabriken bereits besteht. Das jedoch kann aus den oben erwähnten Gründen leicht verhindert werden. Zweitens müssen die Mannschaftekadres vorhanden sein und eine grosse Anzahl weiterer Mannschaften ständig in der Handhabung moderner Kriegswaffen ausgebildet werden. Es dürfte kaum irgend jemand behaupten wollen, dass erfahrene Militärs und Techniker, die zur Kontrolle der Waffenproduktion bestellt sind, es nicht erübrigen, wenn man mit einer Wiederbewaffnung und Wiederausbildung begänne. Ausserdem wird diese Kontrolle durch die deutschen Arbeiter selbst verstärkt, die übergangen von der Waffenherstellung haben und nur noch Waren fabrizieren wollen, die friedlichen Zwecken dienen.

Es bedarf also nicht, wenn man den Schutz Frankreichs und anderer Länder vor neuen deutschen Angriffen im Auge hat, der Massnahmen, die kürzlich in London für die Ruhrindustrie getroffen worden sind. Freilich kann man mit ihnen, und das ist ja auch die offen eingestandene Absicht, den Umfang der deutschen Warenproduktion einschränken; er wird in hohem Masse durch die Mengen von Kohle, Stahl und Eisen, die Deutschland zur Verfügung stehen, bestimmt. Das ist es, wogegen die Deutschen sich wehren. Sie glauben in der Tat, dass privatkapitalistische Konkurrenzgründe bei sehr vielen Beteiligten der Anlass für die beabsichtigte Einschränkung der Wirtschaftskapazität sind. Dafür müssten auch unsere sozialistischen Freunde in Frankreich Verständnis haben, die, was wir gern anerkennen wollen, tapfer gegen die von manchen Seiten verlangte territoriale Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland gekämpft haben.

Wenn man in Deutschland die Meinung äussert, dass die Internationalisierung der Ruhr eine einseitig gegen Deutschland gerichtete Massnahme sei, so bedeutet das nicht, dass man jede einseitige Massnahme (es gibt ihrer ja genug) ablehnt. Man weiss, dass man die sehr schweren Folgen des Hitlerkrieges zu tragen hat. Man möchte sich indessen nicht einreden lassen, dass die Internationalisierung an der Ruhr eine allgemeine internationale Tat sei, der man aus sozialistischen Prinzipiengründen zustimmen müsse. Schumacher hat mehr als einmal ausgesprochen, dass er im Rahmen allgemeiner europäischer Interna-

nationalisierungsmaßnahmen der europäischen Grundstoffindustrien die Miteinbeziehung der Ruhr durchaus billige. Das ist jedoch nicht das, was heute geschieht. Es ist eine einseitige Einschränkung der friedlichen deutschen Arbeitsmöglichkeiten unter einer Begründung, die man nicht anerkennen kann. Es mag auch dafür Argumente geben, die als Kriegsfolgen stichhaltig sein können. Dann sollte man sie offen ansprechen. Die deutschen Sozialisten haben den Wunsch, aufrichtig zu sein und offen mit ihren Bruderparteien zu reden. Die vorgeschlagenen Ruhrmaßnahmen könnten vielleicht dann der Anfang einer wahren allgemeinen Internationalisierung im europäischen Rahmen sein, wenn die beteiligten Regierungen bei dieser Gelegenheit erklärt hatten, dass es ihre Absicht sei, so schnell wie möglich die gleiche Massnahme auf die übrigen europäischen Industrien der gleichen Art anzuwenden. Das ist nicht geschehen und wird auch nicht geschehen.

Es fehlt leider der Raum, noch auf den allgemeinen Umsturz der politischen Situation einzugehen, die durch die heutige Anwesenheit der USA und Sowjetrusslands in Europa gekennzeichnet ist und damit die Gesamtlage sowie die Sicherheitsfrage von Grund auf geändert und jeden aggressiven Imperialismus eines europäischen Staates unmöglich gemacht hat. Die Vereinigten Staaten und Sowjetrussland werden keinen Krieg in Europa mehr dulden - ausgenommen den eigenen. Das Schicksal möge uns vor ihm bewahren.

Auf die Frage Grumbachs, ob Deutschland bereits vergessen habe, kann ruhig geantwortet werden: nein, es hat nichts von dem vergessen, was das ruchlose Nazisystem an Missetaten begangen hat. Die deutsche Demokratie weiss, dass sie die Sünden dieses Systems wieder gutzumachen hat, soweit sie es vermag. Sie will mit allen Völkern in Frieden leben, vor allem jedoch mit dem westlichen französischen Nachbarn. Sie bittet indessen um Verständnis für ihre Sonderlage; denn das Hitlersystem hat vielleicht kein Land derart zugrunde gerichtet wie Deutschland selbst. Jahrzehnte werden nicht genügen, um die Schäden auch nur annähernd wieder wettzumachen.

#### Neun Millionen Gewerkschaftsmitglieder in England

sp. Jeder zweite Berufstätige in England gehört nach einer Feststellung des TUC jetzt einer Gewerkschaft an. Insgesamt werden 9.114.000 Gewerkschaftsmitglieder gezählt, von denen 7.540.397 einer Gewerkschaft angehören, die dem TUC angeschlossen ist. Die größte Gruppe "Verkehr und Allgemeine Arbeiter" umfasst 2,2 Mill. Mitglieder, "Metall und Maschinen" folgt mit 1.640.000 und die Gruppe "Bergbau" nimmt mit 765.000 Mitgliedern den dritten Platz ein. Während die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ständig im Steigen begriffen ist, ist die Zahl der einzelnen Gewerkschaften weiter im Absinken. 1933 zählte man noch 1081 verschiedene Gewerkschaften, während 1948 nur noch 730 Gewerkschaften existieren. (m/B23/1/71/he)

#### Der "Populaire" unter neuem Namen

sp. Das Organ der französischen Sozialisten, "Le Populaire", das in den letzten Monaten mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wird am 1. März wieder im früheren Umfang, aber unter einem neuen Namen erscheinen. (m/B23/71/1/he)

Kinder unter dem Galgen

sp. "Die Wahrheit siegt" - das war der Wahlspruch T.G. Masaryks. Er ist zum Wahlspruch der ersten tschechoslowakischen Republik geworden. Binegedenk dieses Wortes hat es ein Zeitgenosse Masaryks, aus dem gleichen Raume kommend, unternommen, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Es ist freilich eine Wahrheit, an der die Tschechen keine reine Freude haben werden. Pater Reichenberger, einst Präsident des "Volksbundes deutscher Katholiken" in der Tschechoslowakei, eine namhafte Persönlichkeit des Sudentendentschums, 1938 nach Amerika emigriert, hat unermüdlich Berichte über die Austreibungsmethoden der Tschechen und Polen gesammelt und an die amerikanische Presse verschickt. Er ist zusammen mit den Herausgebern der sozialdemokratischen "Neuen Volkszeitung" - New York, einer der wenigen Amerikaner, die es gewagt haben, der Welt zu sagen, daß von dem Blutausch der vergangenen Jahre nicht nur Deutsche erfaßt waren, sondern daß die Gräueltaten, über die man in Nürnberg zu Gericht saß, zur gleichen Zeit in der gleichen, wenn nicht schlimmeren Weise nur wenige Kilometer von Nürnberg entfernt jenseits der tschechoslowakischen Grenzpfähle verübt wurden. Dazu aber schwieg die Welt.

Pater Reichenberger schwieg nicht. Was er in den vergangenen Jahren an Aufsätzen veröffentlichte, hat nun der Westland-Verlag Düsseldorf in einem Buch zusammengefaßt, das in Kürze der Öffentlichkeit übergeben wird. Wir entnehmen diesem Buch ein Kapitel, das Pater Reichenberger "Kinder unter dem Galgen" betitelt und das nach den unter Eid abgegebenen Erklärungen der Ärztin des tschechischen Konzentrationslagers Olomouc-Modolany (Olmütz) geschrieben ist. Name und Anschrift der Ärztin (Dr. F.) sind Pater Reichenberger bekannt, sie müssen aus Sicherheitsgründen verschwiegen werden, doch ist P. Reichenberger bereit, sie der UN oder dem USA-Kongreß zu nennen.

In dem Bericht heißt es wörtlich u.a.:

Das Lager bestand aus 13 Baracken, davon waren neun mit Internierten belegt. Eine Baracke war normalerweise für 80 Personen berechnet, unsere Gesamtbelegschaft variierte jedoch zwischen 2000 und 3200. Die Menschen arbeiteten und schliefen 10 Monate lang in derselben Wäsche, in demselben Anzug, bis alles in Pötzchen von ihnen hing. Das Essen hatte durchschnittlich einen täglichen Kaloriengehalt von 500 bis 600. Bei der Einlieferung in das Lager wurde den Menschen alles abgenommen, Schmuck, Uhren, Geld, alles, was Wert hatte. Den Brillenträgern wurden die Gläser durch Faustschläge zertrümmert. Auf unnatürliche Weise kamen von den insgesamt 17 000 Menschen, die durch das Lager gingen, 2000 ums Leben. "Um den Leser nicht zu ermüden", greift die Ärztin nur einige Fälle heraus: Magistratsdirektor Dr. C. wurde, nachdem man ihn blutig geschlagen hatte, getötet, indem man ihm einen Schlauch in den Rectum einführte und ihm solange kal-

tes Wasser unter Druck in den Darm einströmen ließ, bis er starb. Ing. H. wurde zweimal aufgehängt und zweimal wieder abgeschnitten, dann mit einer Riemenpeitsche mit Bleikugeln geschlagen, daß das Gebiet vom musculus glutaeus maximus abwärts bis zur Achillessehne ein anatomisches Präparat von bloßgelegten Muskeln, Sehnen, Blutgefäßen und Nerven war. Darin wimmelten in den heißen Sommermonaten Tausende von Fliegenmaden. Der starke Eiweißverlust und eine hinzukommende Dysenterie machten der Qual ein Ende. - Der furchtbarste Fall war ein 13-jähriges deutsches Mädchen, das vergewaltigt worden war. Der tschechische Gynäkologe Prof. Dr. B., der hier genannt werden darf, weil er inzwischen verstorben ist, operierte das Mädchen und bezeugte, daß der Täter ein Kapitän der tschechischen Armee war. - Wegen Aufbegehrens" gegen ein Mitglied der Wachmannschaften wurde der Schlesier Ing. K. ohne Gerichtsverfahren nach einem Urteil des Majors der "Mährischen Brigade" St., der mit der Lagerleitung nicht das geringste zu tun hatte, mit dem Tode durch Erhängen bestraft. Zum Vollzug des Hängens wurde der mitinternierte tschechische Kollaborant H. gezwungen. Vor dem Galgen waren alle Insassen des Lagers vollzählig aufmarschiert, auch alle Kinder! Vor der Leiche, die fünf Tage hängen blieb, mußten abwechselnd zwei Deutsche je zwei Stunden knien, mit erhobenen Händen den Leichnam betrachten. - An zwei aufeinanderfolgenden Tagen wurden die 68 alten Leute des Altersheims Olmütz, die geschlossen nach dem 8. Mai 1945 auf Leiterwagen in das Lager gebracht worden waren, in der Nacht von 17- bis 19jährigen Wachmannschaften einfach zusammengeschossen, weil sie "alt und unnützlich" waren. Ich habe heute noch das grauenvolle Wimmern der letzten 13 alten Weiblein im Ohr - die älteste war 92 Jahre alt und blind - als man sie roh und unter den Schimpfworten: "deutsche Säue, germanische Huren" aus der Baracke zur Exekution zerrte.

Alle Leichname der Verstorbenen und Gemordeten lagen nackt im Gras neben dem Bunker am Ende des Lagers, bis sie abgeholt wurden. In Säcken kamen sie namenlos in Gemeinschaftsgräber außerhalb der Friedhöfe. - Von verschiedenen Seiten der Lagerleitung wollte man mich als leitenden Arzt zwingen, die Totenscheine der Gemordeten mit der üblichen Diagnose "Herzschwäche" zu unterschreiben. Ich tat dies in keinem einzigen Fall und verwies auf meinen hippokratischen Eid: Die Konsequenzen nahm ich auf mich. (Es handelt sich um eine Frau!) -

Warum wir dies veröffentlichen? Nicht um die Sudetendeutschen Haß zu lehren. Das ist nicht notwendig, denn von den Sudetendeutschen, die das Kriegsende in ihrer Heimat verbracht haben, wird es nur wenige geben, die ähnliches nicht selbst erlebt, gesehen oder gehört haben. Auch nicht, um eine Kollektivschuld des tschechischen Volkes zu konstruieren, obwohl jeder, der diese Zeit beobachtend oder leidend miterlebt hat, die Erfahrung

machen konnte, daß das tschechische Volk sich weitaus stärker an den Mißhandlungen beteiligt hat, als das deutsche Volk selbst bei den Judenprogromen 1938. Die Veröffentlichung hat auch nicht den Zweck, die deutsche Schuld zu verkleinern. Sie soll aber die bisher einseitige Darstellung einer nur deutschen Schuld auf das richtige Maß korrigieren. Sie soll ferner das Ausland dazu bringen, das deutsche Flüchtlingsproblem mit anderen Augen als bisher zu betrachten. (m/2/71/as)

### Müßtere Aussicht in Deutschland

sp. Durch eine verfrühte und unter demütigenden Bedingungen erfolgende Bildung einer demokratischen deutschen Regierung würden nicht nur die Ideen der Demokratie unter der heranwachsenden Generation in Deutschland in Mißkredit gebracht. Amerika werde auch durch den Versuch, einen Teil Deutschland zu besetzen und es doch nicht zu regieren, obwohl es weiterhin die Macht in den Händen behalte, in den gefährlichen Wirbel deutscher Leidenschaften hineingezogen. Sie seien eine Folge des Nazismus und einer Niederlage, durch die die deutsche Zivilisation mehr als das deutsche Gewalttätigkeitspotential zerstört worden sei. Das ist, kurz zusammengefaßt, das Resultat einer Untersuchung der Zukunftsaussichten in Deutschland, die der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann angestellt hat und die ihren Niederschlag in einem Leitartikel der "New York Herald Tribune" fand.

In den letzten sechs Monaten sei viel getan worden, um die im Londoner Abkommen festgelegte Politik zu realisieren. Die Deutschen hätten im Parlamentarischen Rat an der Ausarbeitung des sogenannten Grundgesetzes gearbeitet, die Militärregelungen hätten über den Text eines Besatzungsstatuts verhandelt, das in Wirklichkeit das oberste Gesetz in Westdeutschland bilden werde und über das man sich, jetzt in Washington, London und Paris einig zu werden bemühe und schließlich kenne. man die Auswirkungen der Währungsreform und wisse, daß sich in den Händen der Marshallplan-Länder ein Plan befinde, der aufzeige, wie die westdeutsche Wirtschaft wieder auf Touren kommen und solvent werden könne.

Diese drei parallelen Entwicklungen müsse man, so argumentiert Lippmann, zusammen studieren. Tue man das, so ergebe sich folgendes Bild: Der Parlamentarische Rat wurde im verfloßenen September mit einer Rede des sozialdemokratischen Fraktionsführers Prof. Carlo Schmid eröffnet. Er hatte seinerzeit den Text des Besatzungsstatuts noch nicht vorliegen

Lippmann schreibt wörtlich:

"Wenn die Westdeutschen dieses Statut zu Gesicht bekommen, so werden sie schwarz auf weiß die nackte und un-

ausweichliche Tatsache sehen, daß es unmöglich ist, unter militärischer Besatzung eine demokratische Eigenregierung zu haben. Es wird den Deutschen zeigen, daß alle Macht den Siegern reserviert bleibt und daß sie selbst keine wirkliche Macht besitzen."

Die logische Folge werde nach Walter Lippmann sein, daß sich die Deutschen, die an einer westdeutschen Regierung teilnehmen, in erster Linie bemühen, dem deutschen Volke zu beweisen, daß sie keine Kollaborateure, keine Vichy-Regierung und keine Sammlung von Quislingen seien. "Diese neue Regierung kann, das muß man einsehen, keine gesetzliche Legitimität oder moralische Autorität in den Augen der breiten Massen der deutschen Bevölkerung haben. Aber man wird von ihr verlangen, ein deutsches Gebiet zu regieren, in dem sich alle wirtschaftlichen und sozialen Konflikte und Probleme, die in Großbritannien, Frankreich und Italien existieren, in einer unendlich schwierigeren Form darbieten". Westdeutschland besitzt jetzt eine wesentlich größere Bevölkerung als 1936, seine Produktion habe aber lediglich 75 - 80 Prozent der damaligen Höhe erreicht. Das reiche nicht aus, um einen zufriedenstellenden Lebensstandard zu verbürgen und genüge auch nicht, eine neue Inflation trotz der Währungsreform zu verhindern. Die neue Regierung werde also mit einer Wirtschaft leben und operieren müssen, in der der Existenzkampf zwischen Industriellen, Arbeitern, Bauern und den besoldeten Beamten, Lehrern und Exsoldaten hart und rücksichtslos sein wird.

"Was werden die deutschen Politiker tun, wenn sie sich, was als sicher angenommen werden muß, unlösbaren Schwierigkeiten gegenübersehen? Sie werden natürlich die Schuld auf die fremden Eroberer abwälzen, die unter ihnen in bemerkenswertem Komfort und, mit deutschem Maßstab gemessen, auffallendem Luxus leben". Diese Tendenz, so meint Lippmann, lasse sich schon jetzt erkennen. Man habe bereits eine Kampagne gegen die Besatzungskosten gestartet und es bestehe Grund für die Annahme, daß verschiedene Länder eigens Defizite in ihren Haushaltsplänen ausweisen, um den Nachweis zu erbringen, daß ihr Kampf gegen die Besatzungskosten berechtigt sei.